

Ein Fahrplan auf dem Weg zu einer „Union der Gleichheit“: Herausforderungen und Impulse für die Gleichstellung der Geschlechter in der Europäischen Union

KATRIN LANGE. JULIA LUX. CARLOTTA VON WESTERHOLT

Einleitung

Gleichstellungspolitik gehört seit jeher zum Tätigkeitsfeld der Europäischen Union (EU). Bereits der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft von 1957 enthielt in Artikel 119 eine entsprechende Regelung. Gleichwohl steht sie großen Herausforderungen gegenüber, die einerseits aus der Hartnäckigkeit geschlechterungleicher Strukturen resultieren und andererseits aus dem von Anti-Gender-Kräften gezielt vorangetriebenen *Backlash* (Kuhar/Paternotte 2017; Dietze/Roth 2020; Wittenius/Lange 2021). Gleichzeitig haben gleichstellungspolitische Vorhaben in der Kommission von der Leyen I unter der Vision einer „Union der Gleichheit“ deutlich an Bedeutung gewonnen. Akademische Beobachter*innen sehen diese ebenfalls als ambitioniert, jedoch durch strukturelle Faktoren gebremst an (Abels/Mushaben 2020; Debusscher 2023). Für die 2024 begonnene Kommission von der Leyen II stellt sich daher die Frage: Wie geht es weiter mit der EU-Gleichstellungspolitik? Diese Frage gewinnt vor dem weiter anwachsenden Einfluss von Anti-Gender-Kräften an Dringlichkeit (Abels/Klöckner 2025).

Im Europäischen Parlament (EP) stieg nach den Wahlen 2024 zum dritten Mal in Folge der Abgeordnetenanteil, die Anti-Gender-Positionen vertreten. Gleichzeitig sank erstmals seit den ersten Wahlen 1979 der Frauenanteil (Gender5+ 2024; zum Einfluss von Anti-Gender-Kräften in vergangenen Legislaturperioden: Ahrens 2018; Kantola/Lombardo 2021; Elomäki 2023a). Dies erschwert dem EP, sich proaktiv und positiv für Gleichstellung einzusetzen. Auch im Europäischen Rat und im Rat der EU sind Anti-Gender-Kräfte zunehmend vertreten, beispielsweise durch die Regierungen Finnlands, Italiens, Kroatiens, der Niederlande, der Slowakei, Tschechiens oder Ungarns (Coi 2024). Im Rat werden beispielsweise regelmäßig Erklärungen abgegeben, dass Geschlechter nur binär gedacht werden könnten, wodurch tradierte Rollenvorstellungen gefestigt werden.

Diese Machtverhältnisse waren auch der Grund dafür, dass die Kommissionspräsidentin 2024 nicht in der Lage war, ihr Kabinett geschlechterparitätisch zu besetzen. Im Vergleich zum letzten Kollegium fehlen den Kommissar*innen vielfältige Erfahrungen mit Gleichstellungspositionen: Helena Dalli, die seit 2019 die neu geschaffene Position der Kommissarin für Gleichstellung innehatte, war zuvor Ministerin für EU-Angelegenheiten und Gleichstellung sowie parlamentarische Staatssekretärin für die Rechte der Frau in Malta (Europäisches Parlament o. J.). Hadja Lahbib, die im neuen Kabinett für Gleichstellungsfragen zuständig ist, hat hingegen kaum politische Erfahrung in diesem Bereich (Europäische Kommis-

sion o. J.) und ist für Vorsorge und Krisenmanagement verantwortlich (Rozanova 2024).

Die reaktionären Machtverhältnisse in EP und Kommission haben inhaltliche Konsequenzen: Die Kommission scheint bei der Initiierung neuer gleichstellungspolitischer Maßnahmen zurückhaltender und fokussiert eher die Begleitung und Überwachung der Umsetzung von Richtlinien aus der letzten Legislaturperiode. In ihrem Arbeitsprogramm kündigte sie zudem den Rückzug des Entwurfs für eine horizontale Gleichbehandlungsrichtlinie an (Europäische Kommission 2025c; vgl. auch das Interview mit Hubert in diesem Heft). Dieser Schritt wurde von der Zivilgesellschaft, dem EP und teilweise dem Rat der EU stark kritisiert. Die Kommission versäumte es 2025 zudem, die ungarische Regierung zu verurteilen, nachdem diese eine Pride-Demonstration in Budapest verboten hatte. Dies geschah aufgrund eines verschärften ohnehin umstrittenen Gesetzes zum „Kindeswohl“, das weitere gleichstellungspolitische Errungenschaften Ungarns zurückdrängt. Die ausgebliebene klare Positionierung offenbart ebenfalls den fehlenden politischen Willen, sich EU-weit entschieden für eine inklusive Gleichstellung einzusetzen.

Auch in der zivilgesellschaftlichen und aktivistischen Sphäre stellen Differenzen zwischen Akteur*innen, die auf ein binäres Verständnis von Geschlecht bestehen und dabei trans* Menschen ausschließen, und solchen, die ein inklusiveres Verständnis von Geschlecht und Feminismus vertreten, ein Problem für die Handlungsfähigkeit feministischer Bewegungen dar. Diese Konfliktlinien sind Ausdruck tieferer Machtverhältnisse, die kapitalistische Produktions- und vor allem Reproduktionsverhältnisse absichern sollen. Dabei wird die Ausbeutung vulnerabler Gruppen über deren Abwertung (Sexismus, Queerfeindlichkeit, Interfeindlichkeit, Rassismus, Ableismus etc.) legitimiert.

Wir Autorinnen arbeiten an der Schnittstelle zwischen Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft und möchten aus dieser Perspektive im Folgenden einen ambitionierten Weg skizzieren, der Gleichstellung in der EU intersektional und divers denkt und damit transformatives Potenzial birgt. Auch wenn die Herausforderungen für die EU in diesen Zeiten eher größer als kleiner werden, sind wir überzeugt: Eine klare Vision, umfassende Ressourcen, die konsequente Umsetzung gleichstellungspolitischer Maßnahmen sowie die Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen (NGOs) und ihrer Forderungen sind unerlässlich. Nur so lässt sich Gleichstellung in der EU gezielt voranbringen und eine „Union der Gleichheit“ verwirklichen.

Theoretisch-konzeptioneller Zugang

Einem inklusiven Verständnis von Intersektionalität kommt eine entscheidende Rolle zu. Dies bezeichnet die Gleichzeitigkeit und Verschränkung verschiedener Diskriminierungsformen, die sich gegenseitig beeinflussen und verstärken können. Von der Leyen (2024) machte Intersektionalität in der „Union der Gleichheit“ 2019 zum politischen Leitprinzip.